

Drogen kontrollieren, Leben retten

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht fordert eine Umkehr in der Drogenpolitik. Die Strafverfolgung schadet den Konsumenten wie der Gesellschaft. Diese Erkenntnis kommt langsam an im öffentlichen Diskurs ■ **VON HOLGER WICHT**

Viele Jahre schien alles wie betoniert: Dass zehn von 16 Bundesländern sich weigern, Drogenkonsumräume einzurichten, interessierte abseits des Drogenhilfesystems so gut wie niemanden.

Dass Menschen, die wegen Drogenkonsums verhaftet werden, im Gefängnis einem enormen HIV- und HCV-Risiko unterliegen – nun ja, was will man machen. Pressemitteilungen versandeten im Orkus, auf Facebook bekam man gelegentlich zu hören, Junkies seien selbst schuld an ihrer Situation, und Häftlinge hätten sowieso alle Rechte verwirkt.

Da konnten noch so viele Studien belegen, dass Drogenkonsumräume Leben retten und Infektionen verhindern. Da konnten die Todeszahlen im fortschrittlichen NRW noch so sehr zurückgehen und im repressiven Bayern noch so sehr steigen: Am Abstinenzdogma, an Verbotspolitik und Strafverfolgung mochten die meisten Verantwortlichen nicht rütteln. Zu tief saß die Angst, Drogenkonsum zu fördern und damit in den Medien zu landen. Selbst die regierenden Grünen in Baden-Württemberg scheinen die Legislaturperiode ohne Drogenkonsumräume über die Runden zu bringen.

Trotzdem hat sich etwas verändert: die öffentliche Meinung. Im Mai 2014 zum Beispiel berichtete das ARD-Nachtmagazin über „Heroin auf Rezept“, also Substitution mit dem pharmazeutisch erzeugten „Originalstoff“. Der Beitrag informierte sachlich darüber, wie Diamorphin suchtkranken Menschen einen Ausweg aus dem Elend eröffnen und Gesundheitsrisiken massiv reduzieren kann. Die Deutsche AIDS-Hilfe selbst hätte es kaum schöner formulieren können.



FOTO: NIKOLAI NELLE



FOTO: JOHANNES BERGER

DAH-Pressekonferenz zum Alternativen Drogen- und Suchtbericht im Haus der Bundespressekonferenz

Im Jahr 2015 trommelt sogar die Bayerische Staatszeitung für Drogenkonsumräume. Die führende Nachrichtenagentur dpa befasst sich damit ebenso ausführlich wie Spiegel online. Drogenkonsumräume sind plötzlich in aller Munde. Tenor: Sie helfen den Abhängigen, verhindern Todesfälle.

Krieg ist der falsche Weg

Wie kommt es zur plötzlichen Blüte des Themas in den Medien? Zum einen gilt der „Krieg gegen Drogen“ international seit einigen Jahren als verloren. „Die vermehrten Anstrengungen, den globalen illegalen Drogenmarkt durch Strafverfolgungsmaßnahmen in den Griff zu be-

kommen, sind gescheitert“, bilanzieren kanadische Forscher 2013 im British Medical Journal. Trotz immer drastischerer Maßnahmen hat die Verbotspolitik eine kriminelle Schattenwirtschaft wachsen lassen, die Jahr für Jahr Zehntausende das Leben kostet, Hunderttausende zu Kriminellen stempelt und Milliarden verschlingt. Der Konsum „harter“ Drogen ist zugleich explodiert, die Preise sind gefallen, die Beschaffungskriminalität floriert. Immer lauter werden die Stimmen derjenigen, die andere Wege fordern. US-Präsident Obama hat den „Krieg gegen die Drogen“ als „kapitalen Fehler“ bezeichnet.

„Verfolgung hat noch niemandem geholfen. Sie treibt Menschen nur ins Elend und in die Kriminalität. Wir brauchen Angebote, die Menschen stark machen“

Die Globale Kommission zu Drogenfragen, zu der auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan gehört, formuliert es so: „Harte Maßnahmen müssen humaneren und wirksameren Strategien weichen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, dem Prinzip der öffentlichen Gesundheit und den Menschenrechten basieren. Nur so können drogenbedingte Todesfälle und Krankheiten sowie Gewalt, Kriminalität, Korruption und die illegalen Märkte gleichzeitig reduziert werden.“

Vor diesem Hintergrund erschien 2015 in Deutschland zum zweiten Mal der Alternative Drogen- und Suchtbericht. Die Deutsche AIDS-Hilfe gibt ihn jährlich gemein-

sam mit dem akzept-Bundesverband und dem Selbsthilfenetzwerk JES („Junkies, Ehemalige, Substituierte“) heraus. Das Verzeichnis der Autorinnen und Autoren liest sich wie ein Who ist Who der Drogenexperten in Deutschland. Auch Praktiker aus der Polizeiarbeit gehören dazu, so zum Beispiel der ehemalige Polizeipräsident von Münster, Hubert Wimber, und der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz.

Der Erfolg des Alternativen Drogen- und Suchtberichts ist bahnbrechend: Mehr als 600 Beiträge erschienen dazu im Jahr 2015 in deutschen Medien. Die Herausgeber verstehen ihn als konstruktives Gegengewicht zum Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. „In der deutschen Drogenpolitik fehlt eine wissenschaftlich untermauerte Gesamtstrategie mit klaren Zielen. Es gibt eine Lücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und den staatlichen Maßnahmen. Wir wissen genau, welche Angebote wirken, doch vieles wird politisch nicht umgesetzt“, erklärte Prof. Heino Stöver, Vorstandsvorsitzender von akzept e.V. und Direktor des Instituts für Suchtforschung der Frankfurt University of Applied Sciences, anlässlich der ersten Ausgabe 2014.

2015 haben die Herausgeber des Berichts ganz explizit eine Wende in der Drogenpolitik gefordert und dabei auf das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) fokussiert. Das BtMG, so die zentrale Aussage, gehört auf den Prüfstand. Systematisch auf seine Wirksamkeit hin überprüft wurde es nämlich noch nie.

Das BtMG produziert Infektionen

Dabei ist längst offenkundig: Das BtMG verfehlt nicht nur sein Ziel, Drogenkonsum und dessen schädliche Folgen für Individuen und Gesellschaft zu verhindern, sondern bringt diese Schäden selbst mit hervor. Drogenkonsumenten werden in die Illegalität gedrängt, wo sie für Hilfsangebote schwer erreichbar sind. Landen sie zum Beispiel wegen Heroinkonsums oder Handels mit geringfügigen Mengen im Gefängnis, haben sie keinen Zugang mehr zu saube-



www.alternativer-drogenbericht.de

ren Spritzen, teilweise auch nicht zur Substitutionsbehandlung. Die wirksamsten Mittel der Prävention werden ihnen damit entzogen.

Anders formuliert: Das BtMG produziert förmlich HIV- und Hepatitis-C-Infektionen. Zugleich hat der Konsum „harter“ Drogen auch in Deutschland nicht ab-, sondern zugenommen. Verbotspolitik und Repression sind gescheitert.

„Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel“, sagt Heino Stöver. „Wir brauchen jetzt den Schritt vom erfolglosen Verbot zu einer wirkungsvollen Regulierung. Mit einer staatlich kontrollierten Abgabe von Drogen können wir viele Probleme lösen.“

„Verfolgung hat noch niemandem geholfen“, betont Marco Jesse vom JES-Bundesvorstand. „Sie treibt Men-

schen nur ins Elend und in die Kriminalität. Wir brauchen individuelle, suchtakzeptierende Hilfsangebote, die nicht schwach, sondern stark machen.“

Das bestätigen auch alle Erfahrungen aus drei Jahrzehnten HIV-Prävention im Drogenbereich. Silke Klumb, Geschäftsführerin der Deutschen AIDS-Hilfe: „Nicht Zwang und Strafe führen zu gesundheitsbewusstem Verhalten, sondern Unterstützung und Respekt. Noch immer nimmt eine restriktive Drogenpolitik vermeidbare Todesfälle in Kauf.“

Gute Drogenpolitik nützt allen Menschen

Was muss konkret geschehen? In einem ersten, längst überfälligen Schritt müssen Drogenkonsumräume und Spritzenautomaten in allen Bundesländern verfügbar gemacht werden. Substitutionstherapien, saubere Spritzen und Konsumutensilien müssen überall – auch in Haft – zugänglich sein.

Diese Maßnahmen machen manchen Menschen, auch Politikern, noch immer Angst. Dabei nützt gute Drogenpolitik allen: Die hohen Folgekosten von Infektionskrankheiten wie HIV und Hepatitis C werden vermieden. Drogenkonsumräume beruhigen Wohngegenden mit offenen Drogenszenen erheblich. Substitution verhindert Beschaffungskriminalität wie keine andere Maßnahme. Und alle Erfahrungen in Modellversuchen und anderen Ländern zeigen: Spritzenvergabe in Haft zieht keine neuen Risiken nach sich.

In einem zweiten Schritt muss Heroin verstärkt über das Medizinsystem abgegeben werden. Strafe für Abhängige ist zu vermeiden – Portugal hat es erfolgreich vorge-macht. Über noch weiter reichende Modelle brauchen wir in Deutschland eine breite Diskussion.

„Es gibt viele gut erprobte Maßnahmen ohne Risiken und Nebenwirkungen“, fasst Silke Klumb zusammen. In den Medien ist diese Erkenntnis angekommen. Die Chancen stehen gut, dass die Politik nachzieht – früher oder später. ●